

Landesausschuss der Studentinnen und
Studenten (LASS) GEW Niedersachsen
Berliner Allee 16
30175 Hannover
Sprecherin: Elke Michauk
Mail: lass@gew-nds.de
Mobil: 0163 – 2555 905
www.gew-niedersachsen.de/lass

Lüneburg, den 16.07.09

Werte Kolleg/innen, liebe Mitstudierende und Interessierte

LASS Newsletter N° 5

Im aktuellen Newsletter findet ihr wieder interessante Themen zur Hochschulpolitik in Niedersachsen und über dessen Grenzen hinaus.

Um den Newsletter immer automatisch zu erhalten, schreibt einfach eine *E-Mail* an lass@gew-nds.de zu bekunden.

In jedem Fall gilt: Wir freuen uns über Kritik und Lob, aber auch auf Anregungen für zukünftige Newsletter.

Leitet den Newsletter gern an Freunde und Bekannte weiter.

Mit solidarischen Grüßen



Elke Michauk
(Sprecherin des LASS GEW Niedersachsen)

Newsletter des Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) in der GEW Niedersachsen N° 5

1.) Niedersachsen

- (a) Was ist der LASS und wie kannst du dich einbringen?
- (b) Rückblick Studierendentagung

2.) ... was passiert in der GEW?

- (a) Anhörung wissenschaftspolitisches Programm der GEW
- (b) Was hat es auf sich mit dem Generationswechsel? - Zur Debatte in der GEW

3.) Bundesgebiet

- (a) Bildungsstreik – Rückblick und wie geht's weiter?
- (b) Gebührenkompass – und der Dauerboykott an der HfBk geht weiter
- (c) Freiraumdebatte

4.) Wo kannst du dich noch einbringen?

- (a) Das Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit stellt sich vor (www.pm-buendnis.de)
- (b) Uebergebuehr ist... hat für jede_n was dabei! (www.uebergebuehr.de)

5.) Blick über den Tellerrand

OECD fordert Studiengebühren für Österreich

6.) Publikationen

Memorandum 2009

7.) Termine

Impressum

I.) Niedersachsen

(a) Was ist der LASS und wie kannst du dich einbringen?

„LASS mal drüber reden!“ - so gingen vor knapp zwei Jahren die Studierendenvertreter_innen in der GEW in die Offensive. Doch was ist der LASS eigentlich?

Der LASS ist der **LandesA**usschuss der **S**tudentinnen und **S**tudenten in der GEW. Landesausschüsse gibt es formal in allen 16 Bundesländern. Die Sprecher_innen bzw. Sprecher_innenteams werden für jeweils ein Jahr in das Amt gewählt. Sie sind damit die legitimierten Vertreter_innen der GEW Studierenden auf Landesebene. Auf Bundesebene bilden die LASSe den Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS).

Schwerpunkte für ihre inhaltliche Arbeit setzen sie sich selbst. Themen können dabei der Kampf gegen Studiengebühren, politische Bildung durch die Organisation eigenen Veranstaltungen, der Kampf um (mehr) Mitbestimmung außerhalb und in den Hochschulen, guten Lohn für gute Arbeit im Rahmen der Tarifinitiative...

Darüber hinaus hat der LASS Sitz und Stimme im Landesjugendausschuss der DGB Jugend in Niedersachsen, Bündnispartner des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren, des Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit und arbeitet mit der LandesAstenKonferenz (LAK) Niedersachsen zusammen.

Der LASS trifft sich mindestens 1 Mal im Jahr zu seiner Mitgliederversammlung (MV). Zwischen den MVen treffen sich die Sprecher_innen bzw. das Sprecher_innenteam, um ihre Arbeit zu koordinieren. So sind die Sprecher_innen insbesondere Ansprechpartner_innen innerhalb für die GEW Studierenden, andere Gremien in der GEW und für Dritte.

Aktuelles zum LASS Niedersachsen unter www.gew-niedersachsen.de/lass

(b) Rückblick Studierendentagung

Am 18./19. Juni 2009 fand die Tagung „Hochschule im Blick“ der Gewerkschaftsjugenden in Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt statt.

Ziel der Tagung war es einen Auftakt für eine (neue) zu verstetigte Vernetzungsplattform für Gewerkschaftsmitglieder, Mitarbeiter_innen in Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Anlaufstellen zu schaffen.

Die Tagung war mit knapp 100 Teilnehmer_innen aus Sicht der Organisator_innen ein voller Erfolg. Nachdem in Arbeitsgruppen zur Organisation gewerkschaftlicher Studierendearbeit, Mitgliederwerbung, Kooperationsstellen/ Hochschulinformationsbüros und Anforderungen an eine demokratische und soziale Hochschule aus gewerkschaftlicher Sicht diskutiert wurden, standen am Ende sogenannte Kompetenzlandkarten als Ergebnis. Letztere soll gewerkschaftlichen Gruppen einen schnellen Überblick über andere aktive Gruppen / Einrichtungen geben, welche sich i.w.S. mit gewerkschaftlicher Arbeit an Hochschulen befassen.

Alle Informationen zur Tagung und Kompetenzlandkarten hier
<http://www.gewerkschaftsjugend-niedersachsen.de/Netzwerktagung-Wolfsbu.290.0.html>

2.) ... und was passiert in der GEW?

(a) Anhörung wissenschaftspolitisches Programm der GEW

Im Rahmen des Gewerkschaftstags, Ende April 2009, wurde das Wissenschaftspolitische Programm der GEW beschlossen. Am 29. April fand nun eine Anhörung zum Programm statt. Dabei war die wohlwollende und ernsthafte Auseinandersetzung der VertreterInnen der wissenschaftspolitischen Organisationen, die den ganzen Tag mit dabei waren, sowie der fünf Bundestagsabgeordneten mit unseren Forderungen ein noch größerer Erfolg als die Medienresonanz. Mit dem Programm zeigt die GEW nach Jahren wieder eindeutig Profil im Hochschul- und Forschungsbereich.

An der Umsetzung des Programms werden der Bereich Hochschule und Forschung als auch der Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten spätestens im September im Rahmen der Wissenschaftskonferenz der GEW in Bad Wildbad arbeiten.

Das wissenschaftspolitische Programm der GEW ist jetzt auch als Broschüre lieferbar (siehe <http://www.gew.de/Binaries/Binary39662/Wipop.pdf>).

Medienauswahl:

<http://www.dradio.de/dlf/sendungen/campus/990591/>

<http://www.tagesspiegel.de/magazin/wissen/Hochschulen-Bildung-GEW;art304,2836618>

<http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printressorts/digi-artikel/?>

<ressort=bi&dig=2009%2F07%2F01%2Fa0092&cHash=60c5053119>

http://www.zwd.info/index.php?cat=5&group_id=102100001&id=8568&content_id=74

(b) Was hat es auf sich mit dem Generationswechsel? - Zur Debatte in der GEW

Spätestens seit dem Gewerkschaftstag der GEW im April 2009 in Nürnberg ist das Thema Generationswechsel und Mitgliederwerbung/-bindung in aller Munde. Nicht selten werden die Begriffe synonym verwendet, was in der alltäglichen Arbeit oft Probleme aufwirft.

Wird die Frage nach Mitgliederwerbung/-bindung gestellt, ist klar, dass es um den Erhalt oder gar den Ausbau der Mitgliederzahlen geht. Brisant wird das ganze durch die Tatsache, dass Gewerkschaften in den vergangenen Jahren eher einen absoluten Rückgang der Mitgliederzahlen zu verzeichnen haben, denn einen Anstieg, was die zunehmende Prekarisierung vermuten lassen würde. Nicht zu bestreiten ist dabei zwar, dass eine kontinuierlich und qualitativ arbeitende Gewerkschaft entsprechende Finanzmittel zur Sicherung / Herstellung ihrer Handlungs-/Kampagnenfähigkeit benötigt. Oft fällt allerdings mit dererlei Fokussierung der Mitgliederwerbung/-bindung die Qualität der Mitgliedschaft unter den Tisch.

Es stellt sich die Frage, wer die Arbeit vor Ort eigentlich noch macht oder besser machen kann und wie vor allem die einzelnen Ebenen der GEW (Land, Bezirk, Kreis, Orte) in die Lage versetzt werden können bestehende Anforderungen an die GEW zu erfüllen. Klar herauszustellen ist an dieser Stelle, dass es hierfür weit mehr bedarf als finanzieller Unterstützung! Es bedarf mehr aktiver Mitglieder auf deren Schultern die Arbeit verteilt werden kann und sich nicht einzelne ab/aufarbeiten – es bedarf der Solidarität, einer der Grundpfeiler der Gewerkschaften! Doch um diese herzustellen, muss zunächst offen über die (fehlgeleitete) enge Fokussierung auf Bildung (Bildung = Schule) und über die Bereitschaft der bislang Aktiven gegenüber einer Öffnung für nicht schulisch sozialisierte Personengruppen gesprochen werden.

Welche (ehrlichen) Möglichkeiten der Partizipation gibt es?

Wo gibt es gelungene Praxisbeispiele für die Gewinnung neuer Mitglieder?

Wie kann (mehr) Heterogenität in der GEW gelebt werden?

Welche Unterstützungsstruktur bedarf es um dies durch/umzusetzen?

Diese Fragen stehen im Raum. Sie gilt es in den kommenden Tagen, Wochen, Monaten und Jahren konsequent und vor allem koordiniert anzugehen, um die GEW auch zukünftig aktiv als „Bildungsgewerkschaft“ (weiter)gestalten und bildungspolitische Positionen vertreten zu können!

3.) Bundesgebiet

(a) Bildungsstreik – Rückblick und wie geht's weiter?

Mit vielem hatten die Organisator_innen des Bundesweiten Bildungsstreiks gerechnet. Doch die Resonanz auf den seit einem guten halben Jahr geplanten Bildungsstreik übertraf die Erwartungen von vielen.

Mit dem Start der Protestwoche liefen die Aktiven von lokal unterschiedlich gut und intensiv an, waren die Aktionen doch von der finanziellen und personellen Ausstattung der Bündnisse abhängig. So gab es Orte in denen sich auf die bundesweit stattfindenden zentralen Aktionen am Mittwoch und Donnerstag orientierten und andere, die durch alternative Veranstaltungsreihen/-vorlesungen/-seminare die Woche gestalteten. Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung kamen die Aktionen nicht zu kurz: in der gesamten Republik fanden – auch unabhängig von den zentralen Aktionstagen – (Spontan)Demonstrationen, Besetzungen von Landesschulbehörden/Rektoraten/ Straßekreuzungen/öffentlichen Räumen, kreative Straßenprotestaktionen, spielerisch-inhaltliche Aktionen u.v.m. statt. Gewollt war dies allemal, denn mit einheitlichem, angepassten Protest – das hatten die vergangenen Jahre gezeigt – gewinnen die Protestierenden keinen Blumentopf mehr. Angeführt werden muss allerdings auch die negative Bilanz der Repressionen gegen Protestierende: Schüler_innen wurden in Schulgebäuden eingeschlossen, Studierenden / Schüler_innen bekamen – auf Grund ihres grundgesetzlich geschützten Rechts auf Protest – Fehl(stunden)einträge, bei (Spontan)Demonstrationen und Besetzungen gab es neben der Feststellung von Personalien auch (kurzfristige) Ingewahrsamnahmen.

Die Resonanz in den Medien war außergewöhnlich hoch und in den meisten Fällen – trotz Kriminalisierung insbesondere durch die Junge Union und die Polizei – positiv. An den Protesten nahmen im gesamten Bundesgebiet einige hunderttausend teil. Höhepunkt der Protestwoche war der Demonstrationstag am Mittwoch bei dem mehr als 270.000 Teilnehmer_innen durch die Veranstalter_innen gezählt wurden.

Resümierend kann – vorerst – gesagt werden, dass der Bildungstreik seit Jahren eine der größten Aktionen / Proteste losgetreten hat. Bereit jetzt von einer „Bewegung“, im Sinne einer sozialen Bewegung oder einer Außerparlamentarischen Opposition (APO), zu sprechen, halte ich jedoch für zu verfrüht. Dennoch war die Qualität und Quantität der Proteste zu Beginn der Planungen nicht ansehbar und übertraft viele der Erwartungen.

Perspektiven des Bildungstreiks sollen in den kommenden Wochen und Monaten auf Nachbereitungs-/Perspektiventreffen erarbeitet werden. Einen festen Termin gibt es bereits: „global week of action“ 9-17. November 2009!

Jeweils aktuelle Termine und Informationen unter www.bildungstreik2009.de
Informationen zur „global week of action“ unter <http://www.emancipating-education-for-all.org/content/global-week-action-reloaded>

(b) Gebührenkompass – und der Dauerboykott an der HfBk geht weiter

Studiengebühren sind nicht – wie manche Textstellen in der Studie "Gebührenkompass" teilweise suggerieren – nur eine Frage des Marketings. Aber auch letzteres ist nach wie vor schlecht. Kein Wunder, dass insgesamt die Ablehnung von Studiengebühren weiter gestiegen ist. 71,6% sind für eine Abschaffung der Studiengebühren. Studienbeiträge sind unter Studierenden so unbeliebt wie nie zuvor. Das geht aus dem "Gebührenkompass 2009" hervor, einer bundesweiten Umfrage im Auftrag der Universität Hohenheim, bei der 5.600 Studierende an insgesamt 49 Universitäten befragt wurden. Fast 72 Prozent sprachen sich für die Abschaffung der Beiträge aus. Das sind zwei Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Die Zufriedenheit mit der Verwendung der Gebühren ist dagegen leicht von 4,55 auf 4,22 gewachsen. Sie liegt damit weiterhin im Schulnotenbereich von "ausreichend" bis "mangelhaft". Selbst die TU Clausthal, die RWTH Aachen und die Universität

Würzburg, die laut Umfrage die höchsten Zufriedenheitswerte über die Beitragsverwendung verzeichnen konnten, kamen über eine gute Vier nicht hinaus. Die Zufriedenheitswerte der Studierenden stiegen, sobald Gelder sachgerecht und vor allem für die Verbesserung von Lehre und Infrastruktur eingesetzt würden. Die Studierenden wollten zudem in den Prozess der Beitragsverteilung gleichberechtigt eingebunden sein und über die Verwendung der Gelder vollständig und lückenlos informiert werden. Ausdruck der Unzufriedenheit über das Bezahlstudium findet sich auch in der kürzlich veröffentlichten Allensbacher Studie (<http://www.bafög-rechner.de/Hintergrund/art-919-allensbach-studie.php>).

<http://www.studis-online.de/HoPo/art-918-gebuehrenkompass-2009.php>

Zum Gebührenkompass geht's hier: <http://www.gebuehrenkompass.de/>

Dass Studierende sich von den Suggestionen von Wirtschaft, Politik und Hochschulleitungen nicht beirren und einreden lassen, dass die Investition in eigene Humankapital eine unumgängliche Erfordernis hat, zeigt der anhaltende Studiengebührenboykott der Studierenden an der Hochschule für Bildende Künste in Hamburg. Bereits seit 2007 wehren sich die Studierenden gegen die Studienmaut – mit Erfolg! Erst gegen allgemeine Studiengebühren und nun gegen das Hamburger Modell der nachgelagerten Studiengebühren. Denn Studiengebühren bleiben Studiengebühren, egal wann sie fällig werden!

Bereits im vergangenen Jahr waren die Proteste der Studierenden in Hessen erfolgreich. Allgemeine Studiengebühren konnten zusammen mit Zweistudiengebühren (wieder) abgeschafft werden. Beispiele die es in den noch 6 Studiengebührenbundesländern nachzuahmen gilt!

<http://www.studis-online.de/HoPo/art-912-boykott-hfbk-2007-2009.php>

(c) Freiraumdebatte

In den vergangenen Jahren hat die Privatisierung öffentlicher Räume immer mehr zugenommen. So fielen - vermeintlich - aus Kostengründen, wohl aber eher aus Prestige Gründen alternative Treffpunkte dem Rotstift der Bürokratie zum Opfer und wurden dabei zunehmend kriminalisiert. Freiräumen waren oft Ausgangspunkt kritischer Geister, die das herrschende System in Frage und Alternativen für das aktuelle Gesellschaftssystem in den Raum stellten. Ebenso waren sie Ausgangspunkt für freies, selbstbestimmtes Leben und Lernen und eine emanzipatorische Gesellschaft unabhängig von Kommerzialisierung und Parteien. Sie stellten gaben Raum und Zeit für Selbstentfaltung in einem zunehmend durchorganisierten Alltag.

Aktuelle Entwicklungen zeigen eine Zunahme repressiver Maßnahmen gegen alternative, emanzipatorische (Wohn)Projekte in besetzten Räumen. So wurde in Erfurt im April 2009 ein selbstverwalteter Freiraum geräumt. Genutzt wurde dieser aktiv für eine emanzipatorische, geschichtsbewusste und kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit dies Ortes. Durch die private Inverstorin scheint diese offensive Auseinandersetzung mit der Geschichte jedoch hinter rein wirtschaftliche Verwertbarkeitsziele zurückzutreten (<http://www.pm-buendnis.de/de/aktuelles/nachricht/ansicht/haende-weg-vom-besetzen-haus-in-erfurt/kategorie/stellungnahmen/>). Ähnliche Fälle lassen sich in Freiburg, Berlin, Frankfurt und andern Städten finden.

Das Diktat der Wirtschaft scheint das der emanzipatorischen, kritischen und alternativen Auseinandersetzung in Freiräumen überlegen zu sein. Doch weltweit kämpfen alternative Projekte um's Überleben, um Menschen Freiräume für ihre persönliche, selbstbestimmte Entwicklung und Entfaltung zu ermöglichen.

Allgemeine Übersicht über Aktionen in / um Freiräume:

<http://de.indymedia.org/2005/06/120118.shtml>

Speziell:

<http://www.pm-buendnis.de/de/aktuelles/nachricht/ansicht/raeumung-der-freien-antonia-in-freiburg/>

<http://wba.blogspport.de/2009/02/01/berlin-kampf-um-die-stadt/>

4.) Wo kannst du dich noch einbringen?

- (a) Das Bündnis für Politik- und Meinungsfreiheit stellt sich vor
(www.pm-buendnis.de)

Das Bündnis wurde Anfang 2000 gegründet und ist sowohl für einzelne politische AktivistInnen wie auch Interessensvertretungen und Organisationen offen. Ziel des Bündnisses ist es, die Debatte um die politische Betätigung von Studierendenschaften von der juristischen wieder auf die politische Ebene zurückzuführen und die Thematik Politik- und Meinungsfreiheit im Kontext der Debatte um Demokratie und Grundrechte zu behandeln.

Studierendenschaften sind weiter der Gefahr einer Klage gegen das politische Mandat ausgesetzt, weil sie sie sich nicht „allgemeinpolitisch äußern“ sollen. Im Oktober 2006 hat ein Mitglied der Jungen Union den Marburger AStA verklagt, weil der AStA eine Veranstaltung zur katastrophalen Politik der hessischen Landesregierung unter Roland Koch unterstützt hat. So wird versucht, Kritik mundtot zu machen und zu kriminalisieren.

Die Verfasste Studierendenschaft (VS) ist in Deutschland noch nicht flächendeckend eingeführt. In Bayern und Baden-Württemberg gibt es keine gesetzlich verankerte Studierendendenvertretung, die autonom agieren und Beiträge erheben darf. Auch in Hessen wurde durch die Einführung der 25% Regelung versucht, die Verfasste Studierendenschaft zu beschränken. Diese 25% Regelung koppelt die Wahlbeteiligung zu Studierendenparlamentswahlen an die Beiträge, die VS erhebt. Auch in Nordrheinwestfalen wurde eine ähnliche Gesetzesvorlage diskutiert.

Nicht nur die stetige Zunahme von Überwachungs- und Kontrollmechanismen (Videoüberwachung, Lauschangriff, Computerkontrollen, usw.) zeigt, dass Grundrechte mit Füßen getreten werden. Selbst antifaschistisches Engagement während des Studiums wird zum Anlass genommen, ein Berufsverbot gegen einen Heidelberger Realschullehrer auszusprechen. Diese Beschränkung der Meinungsfreiheit muss kritisiert und verhindert werden. Da Protest legitimer Teil zur Durchsetzung von Politik- und Meinungsfreiheit ist, muss dieser offensiv verteidigt und weiterhin auf die Straße gebracht werden.

Gegen juristische Konsequenzen, die Menschen aufgrund von Tätigkeiten bei Demonstrationen oder anderen Aktionen drohen, müssen wir als Bündnis politisch argumentieren. Es darf nicht soweit kommen, dass mensch Angst haben muss, frei seine Meinung zu äußern.

Aktuelle hat das bpm folgende (grobe) Arbeitsbereiche:

- gegen das Konstrukt eines "politischen Mandats" (PM bzw. "Maulkorb") für Studierendenschaften und Schüler_innenvertretungen
- für eine Verfasste Studierendenschaft mit PM und Finanzhoheit
- Antirepressionsarbeit auf verschiedenen Feldern
- Datenschutz in ausgewählten (zumeist hochschulbezogenen) Bereichen

Grundlage der Arbeit des bpm ist der 2007 beschlossene Leipziger Aufruf (<http://www.pm-buendnis.de/de/bpm-arbeit/das-buendnis/leipziger-aufruf/>) und das jeweils aktuelle Arbeitsprogramm (für 2009/2010 <http://www.pm-buendnis.de/de/bpm-arbeit/das-buendnis/arbeitsprogramm/200910/>).

(b) Uebergeuehr ist... hat für jede_n was dabei! (www.uebergeuehr.de)

... ein studentisches Projekt zu den Themen Hochschulpolitik, Bildungspolitik und Sozialpolitik. Uebergeuehr sieht Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe an. Bildungspolitik soll kritisch beleuchtet und außerparlamentarisch auf ein freies, demokratisches und emanzipatorisches Bildungswesen hingearbeitet werden. Uebergeuehr ist spezialisiert auf Information und Vernetzung, um diesem Bestreben Rechnung zu tragen.

Wenn die bürgerliche Presse versagt...

... ist die Zeit reif für Alternativen! In den Medien wird uns immer wieder das Gleiche gegeben: es werden angebliche Sachzwänge dargestellt und die Berichterstattung erfolgt einseitig. Lobbygruppen üben mittlerweile einen solchen Einfluss aus, dass Kritik beinahe ausgelöscht scheint.

Genau hier wollen wir ansetzen – als Alternative und als Möglichkeit, einen Gegenpol zu bilden. Mit dem Internet ist es preiswert möglich, selbstbestimmt zu publizieren. Außerdem eröffnet es eine Vielzahl an Möglichkeiten, die andere Medien derzeit nicht bieten können.

Hast auch du Lust ab und an einen Beitrag über aktuelle (bildungs)politische Entwicklungen und Entscheidungen vor Ort zu schreiben oder einen Podcast erstellen? Dann schreib einfach eine eMail an [redaktion\[at\]uebergeuehr.de](mailto:redaktion@uebergeuehr.de).

5.) Blick über den Tellerrand

OECD fordert Studiengebühren für Österreich

Ein immer selektiver werdendes Bildungssystem gehört nicht nur in der Bundesrepublik durch die Einführung allgemeiner Studiengebühren zum Alltag. Insbesondere das Hochschulinformationssystem (HIS) hat in seinen Studienanfänger_innenstudien herausgefunden, dass Studienberechtigte durch Studiengebühren vor der Aufnahme eines Studiums abgeschreckt werden. Doch die OECD scheint anderer Meinung zu sein. In ihrem Länderbericht Österreich weißt sie auf Einsparungspotential bei schulischer Infrastruktur und Verwaltung hin und für Hochschulen seien Zugangsbeschränkungen unabdingbar. Mit Blick auf den UN-Sozialpakt, einen Pakt über wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte, in welchem Gebührenfreiheit für Bildung sowie Bildung als Menschenrecht noch einmal explizit betont und gefordert wird, erscheint die Forderung der OECD mehr als absurd und muss als neoliberale Ideologie des aktuell weltweit stattfindenden Umbaus des Bildungssystems unter Kosten-Nutzen-Aspekten enttarnt werden!

Auch der Bundesweite Bildungstreik kritisierte im Kern Bildungsgebühren und die anhaltende finanzielle und personelle Unterausstattung der Bildungseinrichtungen. Mit seinen Forderungen stößt er auf breites mediales Echo und eine breite Unterstützer_innenbasis aus Schüler_innen, Studierende, Lehrkräfte, Eltern, Wissenschaftler_innen, Gewerkschaften und weiterer soziale Gruppen.

<http://derstandard.at/fs/1245820617982/OECD-schlaegt-Studiengebuehren-fuer-Unis-vor>
aktuelle Studie zu Studienfinanzierung:
<http://www.bafoeg-rechner.de/Hintergrund/art-919-allensbach-studie.php>

6.) Publikationen

Memorandum 2009

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik legte erstmals im November 1975 (kurz nach Verabschiedung des I. Haushaltsstrukturgesetzes, mit dem der Sozialabbau in der Bundesrepublik eingeleitet wurde) ein "Memorandum für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik" vor. Seit 1977 wird in jedem Jahr in der Woche vor dem 1. Mai ein weiteres Memorandum für eine alternative Wirtschaftspolitik veröffentlicht. Zusätzlich sind zahlreiche Stellungnahmen zu aktuellen wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Fragen erstellt worden. Mittlerweile gilt das Memorandum vielfach als "Gegengutachten" zum jährlichen Gutachten des "Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung" (der "fünf Weisen"). Dieses Jahr beschäftigt sich das Memorandum brandaktuell mit Fragen der Stabilisierung, des Umbaus und der Demokratisierung. Erstmals erscheint vor diesem Hintergrund ein eigenes Kapitel zum Bildungsbereich.

Zielgruppe des Buches sind neben Gewerkschaften insbesondere interessierte Studierende und Schüler_innen sowie Wirtschaftspolitiker_innen, denen die Konsequenzen und Alternativen ihres Handelns vor Augen geführt werden soll.

Kurzzusammenfassung des Memorandums 2009 unter
<http://www.memo.uni-bremen.de/docs/memo09-kurz.pdf>

Auszüge aus dem Buch unter
<http://www.studis-online.de/HoPo/Hintergrund/memo2009-bildungspolitik.php>

Mehr zur Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik unter
<http://www.memo.uni-bremen.de/>

7.) Termine

- 28.7-4.8.** Bildungstreikcamp, Frankfurt am Main (www.bildungstreik2009.de)
- 31. Juli – 2. August** Mitgliederversammlung des freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs), Trier
- 03. August** Vollversammlung des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), Frankfurt am Main
- 9.-21. September** Wissenschaftskonferenz der GEW, Bad Wildbad
- 12. September** Naziaufmarsch, Hannover (<http://www.bad-nenndorf-ist-bunt.com/>)
- 12. September** Demonstration gegen Vorratsdatenspeicherung (<http://www.governet.de/4/viewentry/2779>)
- 27. September** Bundestagswahl
- 28./29. September** Landesdelegiertenkonferenz (LDK) Niedersachsen, Hannover

Impressum

GEW Niedersachsen
Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS)
Berliner Allee 16
30175 Hannover

V.i.S.d.P. Elke Michauk, Sprecherin des LASS GEW Niedersachsen